

Einblicke

#kurSHalten

CDU



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

im vergangenen Newsletter habe ich einmal mehr die Ampel in Berlin kritisiert – nun ist sie Geschichte und wir stehen vor einer vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar und damit vor der großen Chance, als CDU die Kurskorrekturen vorzubringen, die für unser Land so elementar sind!

Die letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass die Lage in Deutschland ernst ist: In der Wirtschaftspolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Migrations- und Sozialpolitik, in der Klimapolitik braucht es zum Teil grundlegende Veränderungen oder Anpassungen. Wenn wir am 23. Februar einen neuen Bundestag wählen, muss die CDU am Wahlabend als Gewinnerin dastehen und damit auch ein klares Signal an den linken und rechten Rand senden! Doch (Stand heute) muss man auch sagen: Trotz der derzeit po-

sitiven Umfragewerte ist das kein Selbstläufer. Im neuen Jahr brauchen wir vor Ort jedes Engagement aus den Orts- und Bezirksverbänden, und ich sage es ganz deutlich: Diese Chance lassen wir uns nicht entgehen, wir machen alle gemeinsam einen engagierten Wahlkampf – denn es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder und aller zukünftigen Generationen. Jetzt bereiten wir uns vor, um dann in großer Geschlossenheit und mit vielen aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in der Kürze der Zeit einen intensiven Wahlkampf zu führen, in dem wir die Menschen in unserem Land davon überzeugen können, dass unsere Konzepte besser sind. Anpacken statt rumschnacken!

Herzliche Grüße und einen schönen Start in eine gemütliche Adventszeit, Ihr und Euer

Andreas Hein

Foto: AdobeStock

Unterstützung für Westküstenkliniken

Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Hauke Hansen, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, unserer Kreispräsidentin Ute Borwieck-Dethlefs und Landrat Thorben Schütt haben wir den Aktionstag an den Westküstenkliniken, Standort Heide, unterstützt und

uns mit dem Team des WKK unterhalten. Das Perinatalzentrum für Frühgeborene ist für die gesamte Westküste von erheblicher Bedeutung, daher setzen wir uns engagiert für den Verbleib am Standort Heide ein und hoffen inständig auf einen Weiterbetrieb.



30. Bürgermeisterrunde zu Finanzen



Die 30. Bürgermeisterrunde fand auf Einladung von Joachim Ebert und Lasse Dohrwardt in Tielenheim statt. Im vollen Saal waren viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Amt Eider, Amtsvorsteherin Birgit Meier, Landrat Thorben Schütt, Oberdeichgraf Jan Hinrich Seebrandt sowie viele weitere Ehrengäste. Mein geschätzter Landtagskollege, unser finanzpolitischer Sprecher Ole Plam-

beck, hat den Vortrag zum Haushalt und der finanzpolitischen Entwicklung des Landes gehalten. Die anschließende breite Diskussion rundete den Abend ab.

Mit mir auf dem Bild: Landrat Thorben Schütt, Landtagsabgeordneter Ole Plambeck, Ortsvorsitzender und stellvertretender Bezirksvorsitzender Lasse Dohrwardt und Vorstandsmitglied Mirja Rolfs.

Krise will geübt werden

Krisenstabübung der Stadtwerke Heide im Rahmen des Krisenszenarios „Blackout Stadt Heide“ zusammen mit Feuerwehr und THW: Im Übungsszenario haben wir angenommen, dass ein Bagger zwei Hauptleitungen beschädigt hat, woraufhin der Strom in ganz Heide ausgefallen ist. Mitarbeiter der Stadtwerke lokalisieren die Schadstelle und reparieren den Schaden. Zeitgleich rücken Feuerwehr und THW mit großen Notstromaggregaten an drei Stellen im Netzgebiet an, Mitarbeiter der Stadtwerke schließen diese ans Netz an. So können strategische Punkte mit Strom versorgt werden. Nach Reparatur des Schadens werden die Notstromaggregate wieder vom Netz genommen und rücken ab. Für uns war diese Übung sehr lehrreich. Obwohl wir einen Notfallplan, Ordner mit Ablaufplänen etc. haben, zeigt ein wirklich durchgeführtes Szenario auch auf, wo wir aktualisieren

oder auch noch mehr kommunizieren müssen. Ein großer Dank geht an alle, die an dieser groß angelegten Übung mitgewirkt haben und sich auch im Krisenfall zur Verfügung stellen – vielen Dank!



Aus dem Landtag: Stärkung der Kitas

In der vergangenen Woche haben wir im Landtag das Kita-Gesetz diskutiert. Dazu sprachen unser Fraktionsvorsitzender Tobias Koch und unsere kitapolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann. Beide betonten die Erfolge und Herausforderungen des Gesetzesvorhabens, mit dem die schwarz-grüne Koalition eines ihrer zentralen Vorhaben abschließend durch den Landtag gebracht hat.

Der Fraktionsvorsitzende würdigte die zügige Arbeit an der Gesetzesänderung, die innerhalb von neun Monaten vom Evaluationsbericht zur heutigen Abstimmung im Landtag führte. „So hervorragend kann Politik funktionieren, wenn man gut und vertrauensvoll zusammenarbeitet“, sagte er mit Blick auf die Koalition. Ziel der Änderungen sei es, eine Finanzierungslücke von über 100 Millionen Euro zu schließen und gleichzeitig die Verlässlichkeit der Kinderbetreuung zu erhöhen. Diese „Quadratur des Kreises“ sei zwar herausfordernd, doch am Ende erfolgreich gewesen.

Er hob hervor, dass die Landesregierung trotz angespannter Haushaltslage einen Kraftakt vollbracht habe, indem der Landeszuschuss um über 60 Millionen Euro erhöht werde. Eine drastische Erhöhung der Elternbeiträge sei hingegen keine Option gewesen: „Der Beitragsdeckel hätte auf fast 350 Euro monatlich erhöht werden müssen – das will hier niemand.“ Ein zentraler Punkt des neuen Gesetzes ist der flexible Anstellungsschlüssel, der Kitas mehr Handlungsspielraum gibt. Dieser verhindere zukünftig viele Gruppenschließungen durch zu starre Vorgaben und ermögliche einen größeren Einsatz von „helfenden Händen“.

„Eine geschlossene Kita ist die schlechteste Qualität der Kinderbetreuung und eine Zumutung für berufstätige Eltern“, argumentierte Koch. Kritik, das Gesetz führe zu einem Qualitätsabbau, wies er zurück: „Jede Kita kann auch künftig mit der bisherigen Qualität arbeiten.“

Tolle Kropper Herbstgespräche!



Die 22. Kropper Herbstgespräche standen unter dem Titel „Dänemark“, moderiert von Kock & Kock (Gina-Maria & Carsten). Das voll besetzte Autohaus Thomsen war mit schleswig-holsteinischen und dänischen Fähnchen geschmückt und der HHG als Gastgeber unter dem Vorsitz von Axel Bendixen hatte passend dazu Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen und den SSW-Fraktionsvorsitzenden Lars Harms eingeladen. So war es ein munterer Austausch, bei dem weitere Gäste in das Programm einbezogen wurden, um zu besprechen, was

wir vielleicht von unserem dänischen Nachbarn lernen können. Lene Krämer und Joachim Roth sorgten mit ihrer Musik und ihren Titeln für eine unglaubliche „Wohlfühlatmosphäre“. Ein großer Dank an Carsten Saß und Team, die jedes Jahr ihr Autohaus zur Verfügung stellen, und natürlich dem HHG für diese großartige Veranstaltung – hier kommt eine ganze Region zusammen und tauscht sich aus. Ebenso ein großer Dank an die Unterstützer, ohne die dies nicht möglich wäre, wie auch an die Bewirtung. Bis demnächst!



Gesetz: Moore nicht benachteiligt

Die veränderten Bedingungen durch die Folgen des Klimawandels mussten wir in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren durch Extremwittersituationen, Starkregenereignisse oder auch die Ostseeeflut hautnah erleben. Es ist daher richtig und notwendig, dass unsere Landesregierung mit einer Novellierung des Landeswassergesetzes auf diese Herausforderungen reagiert und die Resilienz Schleswig-Holsteins in diesem Bereich stärkt. Für diese Initiative hat sie die Unterstützung unserer CDU-Landtagsfraktion.

Mit der Einführung des überragenden öffentlichen Interesses für Maßnahmen des Küstenschutzes reagieren wir ganz konkret auf die Folgen der Ostseeeflut aus dem vergangenen Jahr. Hierdurch können nun schneller und einfacher Maßnahmen zum Schutz der Menschen in unserem Land ergriffen werden.

Explizit haben wir als CDU dafür gesorgt, dass es mit dieser Novelle keine Feststellung eines überragenden öffentlichen Interesses für Moore und damit eine gesetzliche Festlegung auf eine Wiedervernässung durch das Landeswassergesetz gibt.

Der noch zu beratende Gesetzentwurf enthält darüber hinaus die vorrangige Versickerung von Niederschlagswasser bei Neuanlagen, z.B. von Neubaugebieten. Befürchtungen, dass dies auf schweren Böden zu finanziellen Nachteilen führen wird, kann entgegengehalten werden, dass es nur greift, wenn keine wasserwirtschaftlichen oder gesundheitlichen Belange entgegenstehen. Hierbei ist die Versickerungsfähigkeit des Bodens ein elementares Kriterium.

Am Donnerstag in der vergangenen Woche stand die erste Lesung des Landeswassergesetz an – nun beginnt das parlamentarische Verfahren mit Anhörungen und weiteren Beratungen.